

Keine Räume für Nazis - Wohnungsbaugesellschaften unterzeichnen Kooperationsvereinbarung gegen rechtsextreme Mieter

*Pressemitteilung Ressorts Lokales/Inland/Politik/Rechtsextremismus
Berlin, den 17.04.2013*

Mit speziellen Klauseln in ihren (Gewerbe-)Mietverträgen wollen sich in Zukunft zwei der größten Berliner Wohnungsbaugesellschaften gegen rechtsextreme Mieter wehren. Am heutigen Donnerstag unterzeichneten Vertreter der Gesellschaften degewo und STADT UND LAND eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit Senatorin Dilek Kolat und dem Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, Oliver Igel.

Ermöglicht hat die Kooperation der „Berliner Beirat für Schöneweide“, der sich seit 2013 für ein demokratisches Miteinander und gegen Rechtsextremismus und Rassismus im Bezirk einsetzt. Der Berliner Ortsteil Schöneweide hat seit einigen Jahren ein deutliches Potential für organisierte Rechtsextreme, die dort wohnen, leben und eine eigene Infrastruktur aufgebaut haben. Jahrelang bildeten - bis zu ihrer Kündigung vor wenigen Wochen - die Nazi-Kneipe „Zum Henker“ und das Ladengeschäft „Hexogen“ wichtige rechtsextreme Treffpunkte. Szeneläden oder Gaststättenlokale sind Ausgangspunkte und zugleich Ausdruck einer schleichenden rechtsextremen Besetzung des öffentlichen Raums. Fast immer täuschen die Neonazis dabei die Vermieter über den rechtsextremen Hintergrund der Anmietung. Gerichtliche Auseinandersetzung um die Kündigung dauern dann oft jahrelang.

Dilek Kolat zur Kooperationsvereinbarung: „Beim Kampf gegen Rassismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit brauchen wir Zivilcourage. Diese Kooperationsvereinbarung ist so ein Zeichen der Zivilcourage und des Verantwortungsbewusstseins zweier Landesunternehmen und sollte Vorbildcharakter auch für andere Stadtbereiche und andere Unternehmen haben. Am Beispiel, der Nazi-Kneipe ‚Zum Henker‘ können wir sehen, dass ein entschlossener Vermieter sehr wohl erfolgreich handeln kann. Keine Handbreit Raum für Rechtsextremisten in Berlin, das darf nicht nur Lippenbekenntnis sein, sondern es müssen Handlungen folgen, wie heute in der Kooperationsvereinbarung.“

Oliver Igel ergänzt: „Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarungen durch zwei große Wohnungsunternehmen ist ein wichtiges Signal auch an andere Vermieter, Rechtsextremisten keine Gewerbe- oder Geschäftsräume zu überlassen, damit deren demokratiefeindliches, rechtsextremes, rassistisches und antisemitisches Gedankengut nicht weiter verbreitet werden kann.“

"Wir setzen uns für ein friedliches, tolerantes und vielfältiges Schöneweide ein, in dem die Menschen gerne leben. Mit dem Kooperationsvertrag zeigt degewo eine klare Haltung. Wer zu Hass und Gewalt gegen andere aufruft, ist bei uns nicht willkommen", sagte Christian Glaubitz, Leiter des degewo-Kundenzentrums Köpenick.

„In vielen Berliner Wohnquartieren hängt das nachbarschaftliche Miteinander in hohem Maße davon ab, wie die Integration von Bewohnern aus unterschiedlichen Herkunftsländern und verschiedenen sozialen Milieus gelingt. Fremdenfeindlichkeit ist Menschenfeindlichkeit. Als kommunales Wohnungsunternehmen dulden wir keine

politisch motivierten Störungen eines guten Miteinanders in unserer Nachbarschaft. Daher ist es für uns selbstverständlich, das gesellschaftliche Engagement im Kampf gegen Rassismus und für Aufklärung zu stärken.“, ergänzt Ingo Malter, Geschäftsführer der Wohnbauten-Gesellschaft STADT UND LAND.

Ziel der Kooperation ist es, Strukturen zu schaffen und Absprachen zu treffen, um zukünftige Vereinnahmungsversuche des Rechtsextremismus nicht nur in Schöne-weide, sondern in ganz Berlin erfolgreich zu verhindern.

Die entsprechenden Mietverträge enthalten ab sofort Klauseln, die die Nutzung gewerblicher Räume für rassistische, antisemitisch und rechtsextreme Zwecke explizit untersagen. Die Klauseln wurden von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) gemeinsam mit erfahrenen Juristen entwickelt. Auch private Vermieter können die Klauseln über die MBR beziehen und in ihre Verträge einarbeiten, um sich vor Neonazis zu schützen.

Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung setzen die Kooperationsparteien nicht nur ein deutliches Zeichen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus im Ortsteil Schöne-weide. Auch sind darin konkrete gemeinsame Handlungsschritte festge-halten.

Für Rückfragen steht Ihnen Yves Müller vom Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD) zur Verfügung:

E-Mail yves.mueller@offensiv91.de Telefon 030/ 65 48 72 93 Mobil 0176/ 89 26 34 67